

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Einführung einer Milchmengensteuerung

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sich auf EU-Ebene für die Einführung einer europaweiten und jährlich anzupassenden Milchmengenregulierung zur Umsetzung eines stabilen Preisniveaus für unsere Landwirte einzusetzen.

Begründung

Seit Ende der 1970er Jahre führt die steigende Milcherzeugung in Europa zu immer größeren Überschüssen. Das marktpolitische Instrument der Milchquote wurde im Jahr 1984 eingeführt, um den Milchmarkt zu regulieren. Durch die Milchquotenregelung hatten landwirtschaftliche Betriebe die Berechtigung, eine gewisse Milchmenge zu produzieren. Diese Reglementierung zielte auf eine Angebotsbeschränkung und damit auf eine Stabilisierung des Milchmarktes ab.

Mit 31. März 2015 wurde die Quotenregelung abgeschafft und der Markt in der Europäischen Union liberalisiert. Befürworter der Abschaffung hofften auf eine deutliche Ausweitung der Produktion und steigende Preise durch einen Anstieg der weltweiten Nachfrage nach Milchprodukten. Das Gegenteil war der Fall. Die Abschaffung führte zur Konzentration der Milcherzeugung – besonders in Gunstlagen der EU – die für ein massives Überangebot verantwortlich ist. Zusätzlich brachen wichtige Absatzmärkte, wie China oder andere asiatische Staaten, weg.

Der äußerst niedrige Milchpreis der letzten Monate ist einer der Hauptgründe für die existenzbedrohende Situation vieler Landwirte. Um die flächendeckende Bewirtschaftung der Grünlandflächen zu erhalten, ist die Politik gefordert, Maßnahmen auf europäischer Ebene zu setzen.

Sinnvoll wäre die rasche Einführung einer modernen Form der Milchquote, die auf eine EU-weite Mengenregulierung abzielt. Diese muss flexibel gestaltet und durch ein jährliches Monitoring von Politik, Produzentenvertretern und Handel in Bezug auf die prognostizierten Markterfordernisse des Folgejahres angepasst werden. Aufgrund dessen werden den jeweiligen Mitgliedstaaten Milchkontingente zugewiesen, deren Überschreitungen mit Sanktionen geahndet werden sollen.

Linz, am 5. Juli 2016

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Graf, Mahr, Kroiß, Baldinger, Gruber, Lackner, Handlos, Schießl, Ratt, Povysil, Kattnigg, Fischer, Cramer, Bahn, Nerat, Pröller, Wall

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Kirchmayr, Aichinger, Langer-Weninger, Dörfel, Frauscher, Weinberger, Lackner-Strauss, Pühringer, Raffelsberger, Stanek, Ecker